Das Polizeigesetz soll revidiert werden: Am Mittwoch behandelt der Landrat die Vorlage aus dem Departement von Andrea Bettiga. Archivbild

Die Polizei soll einschreiten können, bevor etwas passiert

Der Landrat behandelt am Mittwoch die Revision des Polizei- und des Datenschutzgesetzes. Die Polizei soll mit neuen gesetzlichen Grundlagen bei bedrohlichen Anzeichen schon frühzeitig und präventiv agieren können.

von Claudia Kock Marti

Die von Mathias Zopfi präsidierte landrätliche Kommission Recht, Sicherheit und Justiz ist sich einig: Sie beantragt dem Landrat, der Revision des Polizei- und des Datenschutzgesetzes zuzustimmen, wobei sie selbst nur minime Änderungen anbringt. Dies, nachdem der Polizeidirektor diverse Fragen beantwortet habe, im Besondern zur Funktion des kantonalen Bedrohungsmanagements und auch zu Lockerungen beim Datenaustausch, wie es im Bericht heisst.

Bedrohungen besser managen

Das sogenannte kantonale Bedrohungsmanagement (KBM) ist Angelpunkt der Teilrevision des Polizeigesetzes. Die Polizei soll systematisch vorgehen können, um Gewalttaten zu erkennen und zu verhindern.

Schwere Gewaltdelikte im öffentlichen und privaten Bereich sowie Drohungen nähmen zu, heisst es im Kommissionsbericht. Nach schweren Gewalttaten interessiere heute in erster Linie nicht, warum jemand so gehandelt habe, sondern warum jemand Gewalt anwenden konnte. Das Handeln der Behörden im Vorfeld einer Tat sei in den Fokus der öffentlichen Beobachtung und Kritik gerückt.

Rund neun Fälle pro Jahr

Für eine wirksame polizeiliche Aufgabenerfüllung seien im heutigen Gesetz aber punkto Datenschutz nur rudimentäre Bedingungen enthalten. So sei der Austausch von Daten zwischen Amtsstellen klar zu regeln. Denn das kantonale Bedrohungsmanagement funktioniere nur, wenn es den Amtsstellen gesetzlich erlaubt sei, bei Anzeichen für Gewalttaten schnell und unbürokratisch Informationen zur Verfügung zu stellen. Durchschnittlich sei im Kanton Glarus von neun KBM-relevanten Fällen oder Gefährdungsmeldungen pro Jahr auszugehen.

Gemäss KBM wird vorgesehen, dass bei exponierten Ämtern besondere Ansprechpersonen ausgebildet werden und gleichzeitig eine Triage-Stelle bei der Kantonspolizei eingerichtet wird. «Im Vordergrund stehen Ämter, bei denen es erfahrungsgemäss regelmässig zu Konstellationen mit Konfliktpotenzial kommt (Staats- und Jugendanwaltschaft, Soziales, Vormundschaft, Migration, usw.)», heisst es im Bericht. Beide Seiten sollen Erstmeldungen entgegennehmen und eine Erstbeurteilung vornehmen können.

Sodann erhält die Polizei die Möglichkeit, allfällige Gefährder mündlich oder schriftlich zu ermahnen. Die Erfahrungen in anderen Kantonen zeigten, dass die sogenannte Gefährderansprache wirksam sei. Die Gesprächsführung müsse aber gekonnt erfolgen, um nicht kontraproduktiv zu wirken, ist dem Kommissionsbericht weiter zu entnehmen.

Auch spontane Datenweitergabe

Einstimmig ist die Kommission dafür, dass die Polizei im Einzelfall Personendaten einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten weitergeben dürfe, wenn dies zur Abwehr einer unmittelbar drohenden Gefahr für Leib und Leben oder anderer höher zu gewichtender Rechtsgüter geeignet und notwendig sei. Und wenn das anfragende öffentliche Organ glaubhaft mache, die Daten zur Erfüllung einer ihr obliegenden gesetzlichen Aufgabe zu benötigen. Umgekehrt sei die unkomplizierte Datenweitergabe von Ämtern zur Polizei bei Gefahr im Verzug erlaubt.

Einverstanden ist die Kommission des weiteren mit Anpassungen betreffend Massnahmen zur Vermisstensuche oder auch mit den Bestimmungen zur Videoüberwachung von öffentlichen Gebäuden zwecks Wahrung des Hausrechts.

Der Landrat berät am nächsten Mittwoch:

- Energiegesetz;
- Personalgesetz (beides in 2. Lesung);
- Teilrevision des Polizei- und des Datenschutzgesetzes;
- Tourismusfonds 2016 bis 2019; Einlage von jährlich 500 000 Franken; Erfolgskontrolle für die ablaufende Vierjahresperiode;
- Unesco-Welterbe Tektonikarena Sardona; Verpflichtungskredit über 200 000 Franken;
- Greater Zurich Area AG; Berichterstattung für die Periode 2012 bis 2014:
- dringliche Interpellation «Sicherstellung Finanzierung Netzbeschluss»;
- Interpellation «Asylwesen im Kanton Glarus»;
- Interpellation «Wildasyle». (ckm)

Zug wird wegen Streit gestoppt

Wegen einer Auseinandersetzung konnte am Samstagabend ein Zug in Pfäffikon vorübergehend nicht weiterfahren. Die Kantonspolizei Schwyz nahm drei Personen fest, zwei von ihnen wiesen Verletzungen auf.

Bei der Polizei wurde um 23.20 Uhr ein Streit im Zug von Chur nach Zürich gemeldet, und die Einsatzkräfte rückten zum Bahnhof Pfäffikon aus. In der näheren Umgebung entdeckten sie drei Personen mit eritreischer Staatsbürgerschaft, wie die Polizei gestern mitteilte. Die beiden Verletzten mussten ins Spital, konnten es später aber wieder verlassen. Alle drei Beteiligten im Alter zwischen 19 und 22 Jahren wurden verhaftet. *(sda)*

Auto landet nach Überschlag in Bach

Ein Auto ist am Samstag nach einem Unfall in Vilters SG im Bach gelandet. Ein 18-jähriger Lenker fuhr Richtung Sargans, als er in einer Kurve die Kontrolle über seinen Wagen verlor. Er geriet ins Schleudern, rutschte ein Wiesenbord hinab, überschlug sich dabei wahrscheinlich und kam auf den Rädern im Kanal zu stehen. Beide Insassen konnten sich selbst aus dem Wrack befreien und wurden zur Kontrolle ins Spital gebracht. Es stellte sich heraus, dass sich nur der Lenker leicht verletzt hatte. Der Sachschaden beträgt über 20 000 Franken. *(sda)*

IMPRESSUM

südostschweiz

Unabhängige schweizerische Tageszeitung mit Regionalausgaben in den Kantonen Graubünden, Glarus, St. Gallen und Schwyz.

Herausgeberin Somedia Publishing AG
Verleger: Hanspeter Lebrument
CEO: Andrea Masüger
Redaktionsleitung Martina Fehr (Chefredaktorin), Thomas Senn (Stv. Chefredaktor), Reto Furter (Leiter Region), Rolf Hösli (Redaktionsleiter Glarus), Nadia Kohler (Leiterin Online), René Mehrmann (Projektleiter Medien), Patrick Nigg (Leiter Überregionales), René Weber (Leiter Sport), Urs Zweifel (Redaktionsleiter Gaster/See)
Kundenservice/Abo Somedia, Zwinglistrasse 6, 8750 Glarus, Telefon 0844 226 226, E-Mail: abo@somedia.ch
Inserate Somedia Promotion
Verbreitete Auflage (Südostschweiz Gesamt): 79 172 Exemplare, davon verkaufte Auflage 75 294 Exemplare (WEMF-/SW-beglaubigt, 2015)
Reichweite 164 000 Leser (MACH-Basic 2015-2)
Erscheint siebenmal wöchentlich

Adresse: Südostschweiz, Zwinglistrasse 6, 8750 Glarus, Telefon 055 645 28 28, Fax 055 640 64 40
E-Mail: Redaktion Glarus: glarus@suedostschweiz.ch; leserreporter@suedostschweiz.ch; meinegemeinde@suedostschweiz.ch
Ein ausführliches Impressum erscheint in der Samstagsausgabe
© Somedia

Polizei stellt sich auf neue Bedrohungen ein

Wegen der Terroranschläge in Paris überwachen die Sicherheitskräfte die Zufahrtswege zum WEF in Davos noch schärfer.

Nach den Anschlägen in Frankreich stellten sich die Sicherheitskräfte auf neue Bedrohungen am World Economic Forum (WEF) 2016 in Davos ein, sagt Walter Schlegel, Kommandant der Kantonspolizei Graubünden, im Interview mit der «NZZ am Sonntag». Die Situation erfordere neue Massnahmen.

Autos auf Sprengstoff untersuchen

Seit den Anschlägen von New York 2001 sei das Sicherheitsdispositiv am WEF auch auf Terrorakte ausgerichtet, sagte Schlegel. Aber die Attentate von Paris im vergangenen November stellten eine neue Art von Bedrohung dar. Erstmals in Europa hätten Terroristen Angriffe mit Sprengstoffgürteln verübt.

Die Polizei übe seit den Pariser Anschlägen vermehrt «Aufklärungs- und Kontrolltätigkeiten» aus. So überprüfe sie etwa mithilfe von Hunden, ob in Autos Sprengstoff transportiert werde. Während dem WEF, das vom 20. bis 23. Januar stattfindet, würden diese Kontrollen intensiviert. «Wir überwachen die Zufahrtswege nach Davos noch schärfer.»

Keine konkreten Hinweise

Konkrete Hinweise auf geplante Angriffe gibt es aber laut Schlegel nicht. Der Lageverbund analysiere ständig die Lage. Dem Verbund gehören alle für die Sicherheit relevanten Stellen des Bundesamts für Polizei, des Nachrichtendienstes des Bundes, der Grenzwache und der kantonalen bis zu den städtischen Polizeikorps an.

Beeindruckendes Zusammenspiel

Es sei beeindruckend, «wie das Zusammenspiel der Polizisten aus Korps der ganzen Schweiz funktioniert», sagte Schlegel weiter. Zur Zahl der am WEF eingesetzten Polizeikräfte gab er keine Auskunft. Das Parlament hat für den Einsatz der Armee im Assistenzdienst eine Obergrenze von 5000 Armeeangehörigen festgelegt.

Obergrenze erreicht

Der Bündner Polizeikommandant Walter Schlegel sieht beim Sicherheitsaufwand aber auch eine Obergrenze erreicht. «Obwohl das WEF für den Kanton Graubünden und die ganze Schweiz eine grosse Bedeutung hat, gilt es darauf zu achten, dass es nicht weiter wächst.» *(sda)*